

Staatskanzlei
Amt für Regierungsunterstützung und politische Rechte
Postgasse 68
Postfach 3000 Bern 8

Bern, 23 November 2020

VERNEHMLASSUNG: Änderung der Verfassung des Kantons Bern (KV), des Gesetzes über die politischen Rechte (PRG), des Gemeindegesetzes (GG) und des Sonderstatutgesetzes (SStG) zur Einführung von Stimmrechtsalter 16

Sehr geehrte Damen* und Herren*

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, am Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 im Kanton Bern teilnehmen zu dürfen.

Grundsätzliches

Für uns ist klar, dass alle Menschen - unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und sozialem Status - das gleiche Mitspracherecht haben sollten. Was die Schweiz heute stolz "Demokratie" nennt, wird diesen Ansprüchen nur teilweise gerecht: Ausländer*innen und junge Menschen unter 18 Jahren sind heute vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen. Somit sind sie auch in politischen Ämtern nicht vertreten und können bei grundsätzlichen politischen Fragestellungen nicht mitentscheiden, obwohl sie zusammen etwa einen Drittel der gesamten Bevölkerung ausmachen. Das ist für uns nicht tragbar: In einer Demokratie sollen alle Menschen mitbestimmen dürfen - und nicht nur ein gewisser, besonders privilegierter Teil.

Gleichzeitig muss der Begriff "Mitbestimmung" auch weiter verstanden werden. Demokratie darf sich nicht nur aufs Wählen und Abstimmen beschränken, denn Engagement am Rande und ausserhalb der institutionellen Politik ist genauso wichtig: Zum Beispiel die Teilnahme an Kundgebungen und Aktionen, die Arbeit in Kollektiven und Parteien oder die Vertretung in Quartierkommissionen und Vereinen.

Ob in institutioneller Form oder nicht: Die Möglichkeit, sich im politischen Prozess einbringen zu können, ist nicht nur eine Frage der gesetzlich festgehaltenen Rechte, auch Zeit, Geld und Bildungsgrad bestimmen, welche Möglichkeiten des Engagements eine Person hat. Eine Ausdehnung des Stimm- und Wahlrechts ist also nur ein Schritt in die richtige Richtung. Wir brauchen zusätzlich gerechte Rahmenbedingungen, damit alle Menschen partizipieren können.

Stellungnahme zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 im Kanton Bern

Den oben festgehaltenen Grundsätzen folgend, begrüssen die Junge Alternative JA! und die Jungen Grünen Kanton Bern die geplante Einführung des Stimmrechtsalters 16 und somit eine Ausweitung der Demokratie im Kanton Bern. Dass 16- und 17-Jährige bis anhin vom

aktiven Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen sind, ist für uns stossend. Wir unterstützen die Einführung des Stimmrechtsalters 16 insbesondere aus folgenden Gründen:

Politische Reife: Dass Jugendliche genau mit 18 Jahren politische Reife erreicht haben sollen, entbehrt jeglicher empirischen Grundlage. Diese Grenze ist bei jedem jungen Menschen individuell zu setzen. Mit 16 gelten aber junge Menschen in vielen gesellschaftlichen Bereichen als alt genug, um Verantwortung für ihre Entscheidungen zu übernehmen. Mit 16 müssen sich Jugendliche für eine Ausbildung entscheiden, die ihr Leben für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, prägen wird. Sie gelten laut Gesetz zudem als sexuell mündig. Ihnen wird also zugetraut, dass sie selber beurteilen können, mit wem sie sexuelle Beziehungen eingehen möchten und mit wem nicht. Genauso ist die sogenannte Religionsmündigkeit bei 16 Jahren festgehalten. Jugendlichen im Kanton Bern ist zudem erlaubt, ab 16 Jahren Bier und Wein zu konsumieren.

16-Jährigen wird also zugetraut, wichtige persönliche Entscheidungen zu treffen und zu verantworten, die sie vielleicht ein Leben lang begleiten werden. Bei politischen Entscheiden, die kollektiv gefällt und getragen werden, wird ihnen die nötige Verantwortungsbereitschaft bisher jedoch abgesprochen.

Repräsentation: Junge Menschen sind in der Politik heute massiv unterrepräsentiert. Es sind die 60- bis 80-Jährigen, die heute durch die hohe Stimm- und Wahlbeteiligung der älteren Generationen die politischen Entscheide dominieren, während die Stimmen von uns Jungen weniger ins Gewicht fallen. Dieses Ungleichgewicht ist aus zwei Gründen besonders stossend. Einerseits sind wir junge Menschen die, die mit den heutigen Beschlüssen auch in Zukunft zu leben haben. Andererseits nimmt die Übervertretung der älteren Generationen in den kommenden Jahren noch zu. Mit der Einführung des Stimmrechtsalters 16 kann diese ungleiche Verteilung wenigstens minim verbessert bzw. etwas entschärft werden.

Städte nicht länger blockieren: Es ist klar: Städte wie Bern sehen die unzähligen Vorteile und die Wichtigkeit eines Stimmrechtsalters 16 und wären sofort bereit, dieses einzuführen. Der Kanton soll nicht länger blockieren, sondern diesem Prozess nun den Weg frei geben. Da die Einführung des Stimmrechtsalter 16 2009 sehr deutlich abgelehnt wurde, möchten wir anregen, dass der Grossrat der Stimmbevölkerung einen Eventualantrag gemäss KV Art. 63 Abs. 2 zu stellen der beinhaltet, dass die Gemeinden auf kommunaler Ebene das Stimmrechtsalter 16 einführen können.

Zeitliche Abstimmung mit politischer Bildung: Im Alter von 16 Jahren sind alle jungen Menschen noch in einer Ausbildung, sei dies im Gymnasium oder an einer Berufsschule. Mit dem Stimmrechtsalter 16 kann die politische Bildung direkt mit anstehenden Abstimmungen und Wahlen verknüpft werden. Insbesondere bei Wahlen scheint uns dieser Aspekt enorm wichtig, denn Wählen muss in unserem politischen System gelernt werden und ist gerade in grösseren Kantonen mit mehreren Kandidierenden eine Herausforderung. Mit dem Stimmrechtsalter 16 ist im Unterschied zum Stimmrechtsalter 18 garantiert, dass während der Zeit der politischen Bildung entweder eine kantonale oder kommunale Wahl stattfindet, die im Unterricht behandelt werden kann. Es kann deshalb mit einer viel höheren Ersteinbeteiligung an Wahlen und Abstimmungen gerechnet werden. Und wer schon mit 16 das Stimmrecht erhält, wird auch später öfters und zuverlässiger abstimmen gehen - das zeigen Erfahrungen aus Österreich.

Ergänzenden Forderungen zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 im Kanton Bern

Wir begrüssen die geplanten Änderungen der Kantonsverfassung, PRG, GG und SStG. Die Änderungen gehen uns jedoch zu wenig weit, weshalb wir eine Ergänzung um folgende Punkte fordern:

Passives Stimmrechtsalter ebenfalls senken: Im Gegensatz zum aktiven Wahlrecht soll das passive Wahlrecht laut vorliegendem Entwurf nicht auf 16 Jahre gesenkt, sondern bei 18 Jahren belassen werden. Diese Aufteilung suggeriert, dass 16- und 17-Jährige zwar in der Lage sind, sich eine Meinung über ein politisches Geschäft zu bilden und über verschiedene Inhalte zu urteilen, jedoch nicht, sich in einem Parlament dafür einzusetzen. Diese Unterteilung ist für uns nicht nachvollziehbar. Als Jungparteien mit Mitgliedern über und unter 18 Jahren möchten wir betonen, dass die Fähigkeit, politische Geschäfte und ihre Konsequenzen zu bewerten, nicht per se altersabhängig ist.

Es muss zudem betont werden, dass 16- bis 18-Jährige bei vielen Wahlen wenig Chancen haben, direkt in ein Parlament gewählt zu werden. Es ist jedoch möglich, dass sie im Laufe einer Legislatur für eine zurücktretende Person nachrutschen können. Gerade für junge Parteien mit sehr vielen jungen Mitgliedern, wie beispielsweise die Jungen Grünen Kanton Bern und die Junge Alternative JA! wäre das passive Wahlrecht für 16-Jährige eine Chance, um im Parlament die Vertretung durch junge Leute zu garantieren. Beispielsweise in der Stadt Bern wurden die beiden JA!-Stadtträtinnen jeweils im Alter von 22 gewählt. Nach einer Legislatur sind sie 26-, nach zwei Legislaturen sogar 30-jährig. Das durchschnittliche Alter der JA!-Mitglieder liegt jedoch ca. bei 20 Jahren. Gerade für junge Parteien ist also die kurze Zeitspanne zwischen dem Alter, ab dem man die Möglichkeit hat zu kandidieren, und dem Alter, ab dem man deutlich älter ist als alle übrigen Mitglieder eine Herausforderung. Dies wird zusätzlich erschwert durch die Legislaturperioden, weil ein Teil der Mitglieder jeweils erst mit 21 Jahren das erste Mal kandidieren kann und damit bereits nach einer Legislatur weit über dem Altersdurchschnitt der Parteimitglieder liegt. Dies könnte durch das passive Wahlrecht mit 16 erleichtert werden, da alle Mitglieder spätestens mit 20 Jahren zum ersten Mal zu einer kommunalen Parlamentswahl zugelassen sind. Gerade wenn man als Jungpartei den Anspruch hat, auch junge Vertreter*innen in den lokalen Parlamenten zu haben, wäre das passive Wahlrecht mit 16 eine grosse Chance.

Wem also grundsätzlich die Fähigkeit zugesprochen wird, sich eine Meinung über einen Inhalt zu bilden, soll sich auch in einem parlamentarischen Prozess einbringen und öffentlich dazu äussern können. Nur so kann garantiert werden, dass sich junge Menschen Gehör für ihre Anliegen verschaffen können.

Wir fordern deshalb, dass kein Unterschied zwischen aktivem und passivem Stimmrecht gemacht wird, sondern dass auch 16- und 17-Jährige für Mandate kandidieren und gewählt werden können. Dies gilt insbesondere, weil ja ein Ziel der Einführung des Stimmrechtsalters 16 die bessere Repräsentation von jungen Menschen in der institutionellen Politik ist.

Stimmrechtsalter 16 an mehr Mittel für politische Bildung koppeln: Ob 16 oder 18 Jahre alt: Fakt ist, dass neben den zahlreichen politisch engagierten Jugendlichen (z.B. in der Klimastreikbewegung) ebenso viele Menschen gar nicht ausreichend informiert sind, um ihre demokratischen Rechte voll nutzen zu können. Dies gilt sowohl für junge als auch für nicht mehr so junge Menschen. Stimmrechtsalter 16 ist eine Chance, dass die kommenden Generationen eine besser abgestimmte und damit wirkungsvollere politische Bildung erhalten, denn wie bereits ausführt, kann durch die neue Altersgrenze der Erhalt des Stimmrechts an den Politikunterricht in der Schule geknüpft werden.

Die Einführung des Stimmrechtsalters 16 ist eine Gelegenheit, die nötigen Rahmenbedingungen für eine funktionierende Demokratie zu überdenken und zu verbessern: Bildung ist da elementar und muss politisch gefördert werden, indem mehr finanzielle Mittel gesprochen werden und die bestehenden Lehrpläne und Unterrichtskonzepte kritisch hinterfragt werden.

Stimm- und Wahlrecht für Ausländer*innen einführen: Während das Stimmrechtsalter 16 in der ganzen Schweiz erfreulicherweise auf dem Vormarsch ist, werden Ausländer*innen weiterhin durch einen konsequenten Ausschluss von der institutionellen Politik diskriminiert. Dass Menschen ohne Schweizer Pass bin anhin nicht abstimmen dürfen, ist nicht nachvollziehbar. Nicht die Passfarbe soll darüber entscheiden, wer das Recht auf

Mitbestimmung hat, sondern in erster Linie der Wohnort und der Lebensmittelpunkt einer Person. Wer in einer Gemeinde, einem Kanton oder einem Land lebt, soll seine oder ihre Umgebung gestalten dürfen, auch auf dem politischen Weg. Denn Menschen ohne Schweizer Pass, die in der Schweiz, bzw. im Kanton Bern wohnen, sind von den politischen Entscheidungen genauso betroffen, wie Menschen mit Schweizer Pass.

Weitere Mitbestimmungsformen schaffen und fördern: Sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen, ist eine Möglichkeit, zu partizipieren. Es ist aber bei Weitem nicht die einzige: Beispielsweise haben auch Kinder und Jugendliche, welche auch bei einem gesenkten Stimmrechtsalter von institutionellen politischen Rechten ausgeschlossen sind, das Bedürfnis nach Mitbestimmung. Dafür müssen entsprechende Gefässe geschaffen werden. Wir wünschen uns, dass Mitwirkungen auf lokaler und kantonaler Ebene ausgebaut werden und auch Nicht-Gewählte - unabhängig vom Alter – sich bei konkreten Projekten in die Politik einbringen können. Bis der Kanton Bern und die Schweiz endlich das Stimmrecht für Ausländer*innen einführt, fordern wir für Menschen ohne Schweizer Pass eigene Mitsprachemöglichkeiten, die übers Wählen und Abstimmen hinausgehen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Saskia Rebsamen und Eva Krattiger
Junge Alternative JA! und Junge Grüne Kt. Bern